

selbst nicht zu offen und mitteilbar zu sein. Ziel war es, die Mehrheit der Wahlmänner im Oberland zu gewinnen und dies möglichst allein mit Wahlmännern der Gemeinden Balzers, Triesen und Triesenberg zu schaffen, da Beck den Schaanern und Vaduzern nicht recht traute.¹⁸ Zu den Wahlaussichten entwarf Beck schon im November 1913 ein sehr optimistisches Bild, ob aus Überzeugung oder zum Ansporn der Helfer, sei dahingestellt.¹⁹

Angesichts der Zustimmung, die Beck und seine Helfer mit dem Vorhaben in Teilen der liechtensteinischen Bevölkerung fanden, wobei Beck selbst mit regelmässigen Nachfragen und eigenen Erfolgsmeldungen sowie Ermunterung anscheinend kräftig nachhalf, stellt sich natürlich die Frage nach dem Zusammenhang zwischen den Aktivitäten dieses einzelnen Mannes und den politischen und sozialen Rahmenbedingungen. Was waren die Grundlagen und Voraussetzungen seines Erfolges?

Die Attacken Becks gegen Landtag und Regierung von Liechtenstein, denen sich seine Landsleute nun so willig anschlossen, waren nicht so unberechtigt, wie seine politischen Gegner glauben machen wollten. Der langjährige Landesverweser In der Maur (1884–1892, 1896–1913)²⁰ führte als Regierungschef ein selbstherrliches Regiment, nicht ohne Fürsorge, aber im Gefühl seiner Überlegenheit und mit Herablassung den Liechtensteinern gegenüber. Obwohl zum Regierungskollegium nominell auch zwei liechtensteinische Landräte gehörten, wurden sie praktisch nie zugezogen, protestierten aber auch nicht gegen diesen Ausschluss von der Regierungsmitwirkung.²¹ Der Landtag unter der Führung seines seit 1890 ununterbrochen amtierenden Präsidenten Dr. Albert Schädler trat dem Regierungschef nur in einigen Konfliktfällen entgegen, insgesamt dominierte der Regierungschef im Verhältnis zwischen Landtag und Regierung, und der Landtagspräsident leitete den Landtag seinerseits mit eher patriarchalischer Autorität. Die in der Verfassung von 1862 verankerte konstitutionelle Monarchie schrieb diese schwache Stellung der Volksvertretung nicht vor, liess sie aber allemal zu.²² Das indirekte Wahlrecht, das 1862 bei seiner Einführung verbreitet war, war im zweiten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts nicht nur in

¹⁸ Brief Dr. Becks v. 22. 10. 1913.

¹⁹ Brief Dr. Becks v. 4. 11. 1913.

²⁰ Vgl. Vogt, Rechenschaftsbericht, 42.

²¹ Geiger, Geschichte, 332.

²² Ebd.